

Wir *Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin E. V.* *und seiner Mitgliederverbände* *Sitz: Berlin 30, Bayreutherstr. 41, Tel. 030-213 43 83*

Berlinerinnen

Informationen • Berichte • Meinungen • Veranstaltungen •

DIE EHRE IST DIE EHRE
DAS AMT IST DAS AMT
WAS IST DAS E H R E N A M T ?

Seminar des Landesfrauenrats Berlin am 29. November 1985
mit Beiträgen von:

- | | |
|---|----------|
| - Ulf Fink, Senator für Familie und Gesundheit | Seite 3 |
| - Die Schiedsfrau, Helene Luckow | Seite 6 |
| - Helferin für chronisch kranke Frauen, Edith Gall | Seite 9 |
| - Die Schöffin, Gemeindegliederin und Vorstandsmitglied, Benita Glage | Seite 12 |
| - Selbsthilfegruppe für krebserkrankte Frauen, Helga Eddington und Helga Rost | Seite 16 |
| - Die Betriebsrätin, Monika Brück | Seite 19 |
| - Die Sozialkommissionsvorsteherin, Doris Werner | Seite 23 |
| - Das Ehrenamt ist unbezahlbar - ist unbezahlt, Gisela Gassen | Seite 25 |

Vorwort

Wir haben uns heute zum Thema 'Ehrenamt' zusammengefunden und freuen uns, daß wir Ihre Gedanken, Herr Senator Fink, als politisch Verantwortlichen dazu hören, und daß wir Gelegenheit haben, Ihnen unsere eigene Erfahrung mit diesem Ehrenamt darzulegen. Ehre ist eine der höchsten Rechtsgüter des Menschen. Das Amt fordert Taten. So verstehen wir den Begriff des Ehrenamtes als Herausforderung für eine moderne und humane Gesellschaft. Damit verbunden muß die soziale Sicherung eines menschenwürdigen Daseins als sittliche Forderung an diese Gesellschaft sein.

Das Arbeitsleben ist oft so organisiert, daß es den partnerschaftlichen Anteil am Ehrenamt erschwert. Die gesellschaftliche Situation der Frau darf nicht Maßstab für ehrenamtliche Tätigkeit sein.

Ein Engagement von Frauen kann nur erwartet werden, wenn die Möglichkeit zu gleichberechtigter Teilhabe an politischen Entscheidungen gesichert ist, wenn ein innerfamiliärer Lastenausgleich zur Selbstverständlichkeit wird und wenn freiwillige, unbezahlte Arbeit kein Ersatz für Berufstätigkeit ist.

Eine Gesellschaft ohne den Ehrenamtlichen würde verarmen. E h r e und A m t dürfen nicht aufgeteilt werden zwischen Mann und Frau.

Die Frage, wer kann sich das Ehrenamt leisten, darf nicht mehr gestellt werden.

Freiwillige, unbezahlte Arbeit darf kein Ersatz für Berufstätigkeit sein.

Frauen dürfen keine Lückenbüßer sein.

Der LANDESFRAUENRAT BERLIN legt Ihnen zum Teil sehr persönlich gehaltene Beiträge der Frauen zum Thema 'Ehrenamt' in der Originalfassung, vor.

Die sich anschließende, vielschichtige und kontroverse Diskussion ergab in wesentlichen Teilen absolute Übereinstimmung der Seminarteilnehmerinnen:

- Niemand soll im 'Ehrenamt' zuzahlen müssen;
- Steuerlich müssen Aufwendungen im 'Ehrenamt' anerkannt werden;
- Unfall- und Haftpflichtversicherung aller im 'Ehrenamt' Tätigen ist unabdingbar.
- Rentenwirksamkeit der Tätigkeit im 'Ehrenamt' wurde gefordert.

Gertraud Schilling
Vorsitzende

29. November 1985

Vortrag vor dem Landesfrauenrat zum Thema
ehrenamtliche Arbeit

I.

- Mehr Mitmenschlichkeit und Eigenverantwortung, das sind die Wertmaßstäbe, an denen der Berliner Senat seine neue Sozialpolitik orientiert.

- dem sozialen Ehrenamt kommt für ein neues Verständnis der Sozialpolitik eine herausragende Rolle zu.

- Der Bedarf an ehrenamtlicher Arbeit ist groß, die Einsatzgebiete für ehrenamtliche Arbeit sind außerordentlich vielfältig.

Viele notwendigen Aufgaben im sozialen Bereich können nicht erfüllt werden, weil es an ehrenamtlichen Helfern fehlt. Der Bedarf an ehrenamtlicher Arbeit wird noch zunehmen. Er erwächst aus der Tatsache, daß die moderne Wohlstandsgesellschaft sich vielen immatriellen Problemen ausgesetzt sieht. Es gibt viel Einsamkeit und seelische Not, besonders bei Menschen, die an fehlender Mitmenschlichkeit leiden. Eine rein quantitativ ausgerichtete Sozialpolitik kann hier nur wenige helfen.

- Die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Arbeit ist groß. Umfragen zeigen, daß rund 52 Prozent der Berliner bereit sind, helfend tätig zu sein, wenn ihnen die Möglichkeit dazu geboten würde. Jugendliche sind dies sogar bis zu 70 Prozent. (Emnid 1984). Lediglich jedoch gut 25 Prozent derjenigen, die sich zu ehrenamtlichem Engagement bereit erklärt hatten, waren zum Zeitpunkt der Befragung auch tatsächlich ehrenamtlich tätig.

- Die Förderung ehrenamtlicher Arbeit, die eine verantwortungsvolle Partnerschaft von denen, die Hilfe brauchen, und denen, die helfen wollen, verwirklicht, ist daher von großer Bedeutung.

II.

- Politik kann die Bürger nicht zum sozialen Ehrenamt verpflichten. Sie kann Gemeinsinn nicht verordnen. Aber sie kann die Rahmenbedingungen so gestalten, daß die Bereitschaft und die Möglichkeit dazu wachsen. Sie kann verschüttete Werte und Traditionen wieder mit Leben erfüllen.

- Daher fördert der Senat den Ausbau ehrenamtlicher Arbeit. Zur Förderung ehrenamtlicher Aktivitäten freier Gruppen und Verbände stehen 1985 erstmals 1 Million Mark zur Verfügung. Natürlich muß die Finanzierung des Ausbaus ehrenamtlicher Arbeit an dem Grundsatz festhalten, daß ehrenamtliche Arbeit unbezahlte Arbeit ist. Aber sie darf nicht daran scheitern, daß für die freiwilligen Helfer auch noch unzumutbare Kosten entstehen.

- Ehrenamtliche Arbeit kann hauptamtliche Arbeit nicht ersetzen, sie ist vielmehr als Ergänzung zu sehen.
Ziel des Ausbaus ehrenamtlicher Arbeit ist die qualitative Verbesserung sozialer Dienste, nicht deren Abschaffung.
- Probleme wie Vereinsamung und Isolierung entziehen sich einer Lösung durch weitere Professionalisierung (z.B. Integration psychisch beeinträchtigter Personen in die Gesellschaft).

III.

- Einzelheiten zur Förderung und Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit durch den Senat

1. Finanzielle Förderung

- der/die ehrenamtlichen Mitarbeiter dürfen nicht allein gelassen werden.
- Einbindung in verschiedene Organisationen wie z.B. Frauenverbände und andere,
- finanzielle Förderung von geleistetem Erfahrungsaustausch und aufgabenbezogener Qualifizierung (z.B. Förderung des Berliner Frauenbundes 1945, Deutscher Staatsbürgerinnenverband, Katholischer Deutscher Frauenbund u.a.).
- ehrenamtliche Arbeit soll keine finanziellen Belastungen mit sich bringen.
- Aufwandsentschädigung (54 DM pro Monat und Person) oder Kostenersatz werden finanziell gefördert (ebenso Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliche Helfer und Honorare zur Anleitung von Ehrenamtlichen; Werbemaßnahmen und Veranstaltungen zur Förderung)
- Unfallversicherungsschutz.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements wird die Aktion 'Die Hilfsbereitschaft' auch in diesem Jahr fortgesetzt. Diese in der Bundesrepublik Deutschland bisher einmalige Aktion hatte bereits im vergangenen Jahr zu einem beachtlichen Erfolg geführt. Bis April 1985 meldeten sich über 1.200 Berliner und erklärten ihre Bereitschaft, ehrenamtlich tätig zu werden - übrigens fast so viele Männer (45 Prozent) wie Frauen (55 Prozent). Um die latente Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung zum freiwilligen sozialen Engagement weiter zu nutzen und aktive Hilfsmöglichkeiten umzusetzen, wird diese Werbeaktion seit Oktober dieses Jahres unter dem Motto 'Ich für Dich' fortgesetzt. Dieses Leitthema verbalisiert in knapper, einprägsamer Form das politische Ziel der verantwortlichen Partnerschaft von Aktiven und Leistungsfähigen mit denen, die Hilfe brauchen.

- Ziele der Öffentlichkeitsarbeit

- sie soll das soziale Ehrenamt im Bewußtsein der Bevölkerung aufwerten,
- sie soll den Bürger für soziale Probleme sensibilisieren und seine Bereitschaft zum sozialen Ehrenamt erhöhen,
- sie soll den schon zur Hilfe bereiten Bürger mobilisieren und ihn mit den Trägern ehrenamtlicher Dienste zusammenführen.

- Vermittlungsablauf

- im Rahmen der Aktion 'Die Hilfsbereitschaft' 1985 wurden bezirksbezogene Listen erstellt, in denen die Aufgaben und die Institutionen benannt sind, die diese Aufgaben wahrnehmen. Alle Interessierten, die sich auf die Aktion hin melden, erhalten diese Listen.
- der gleiche Personenkreis wurde eingeladen zu einem bezirksbezogenen 'Markt der ehrenamtlichen Möglichkeiten', auf dem die Träger ehrenamtlicher Dienste ihre Angebote vorstellten (die Märkte fanden vom 12.11. bis 28.11.85 in allen Berliner Verwaltungsbezirken statt).

- Einschätzung

- Seit Beginn der Aktion haben sich ca. 1.130 interessierte Bürger und Bürgerinnen gemeldet,
- über die bezirklichen Listen hat schon ein Teil der interessierten Bürger einen Aufgabenbereich gefunden und geht schon einer Tätigkeit nach (die Zahl kann noch nicht definiert werden),
- ca. 30 - 40 Prozent (nach Bezirk verschieden) folgten der Einladung zum Markt der ehrenamtlichen Möglichkeiten,
- Gespräche mit Vertretern der Institutionen sowie Interessierten zeigten, daß dieser Vermittlungsweg von beiden Seiten überwiegend als positiv eingeschätzt wurde.
- Auffallend war, daß sich mit diesem Vermittlungsweg auch die jüngere Generation (die unter 45jährigen) und relativ viele Männer angesprochen fühlten, (u.a. war der Deutsche Staatsbürgerinnenverband bei allen Märkten vertreten),
- eine abschließende Beurteilung des Erfolges in quantitativer Hinsicht wird Anfang 86 erfolgen. Als Erfolg läßt sich jetzt schon beurteilen:
 - das Thema ist Gesprächsgegenstand,
 - die verschiedensten Organisationen kamen zum Thema miteinander ins Gespräch und können u.a. dadurch besser ihre Aufgabenbereiche vermitteln.

Ulf Fink

Senator für Familie und Gesundheit

Die Schiedsfrau

Ich bin seit 1979, also seit mehr als sechs Jahren Schiedsmann in Berlin-Wilmersdorf und noch für weitere drei Jahre gewählt.

Das Amt des Schiedsmanns gibt es seit über 100 Jahren; als Institution der demokratischen Selbstverwaltung existiert es in Berlin seit 1924 (Preußische Schiedsmannsordnung vom 3.12.1924).

Seit 1926 können auch Frauen Schiedsmann werden.

Die Nationalsozialisten schafften das Amt sehr bald ab.

Nach 1945 wurde es in den meisten deutschen Bundesländern wieder eingeführt.

Die Schiedsmänner und Schiedsfrauen sind ehrenamtlich tätig, müssen unbescholten und dürfen nicht jünger als 30 Jahre alt sein. Sie werden in Berlin der Bezirksverordnetenversammlung vorgeschlagen, auf jeweils fünf Jahre von dieser gewählt und vom Präsidenten des Amtsgerichts vereidigt.

Sie erhalten eine Aufwandsentschädigung von monatlich DM 85.-- für Reinigung und Abnutzung ihrer Räume, sofern sie ihre Wohnung für die Amtstätigkeit zur Verfügung stellen und einen Anteil an den städtischen Gebühren, die für Verhandlung und Vergleich erhoben werden.

Ein Schiedsmann ist gewissermaßen die unterste juristische Vergleichsbehörde.

Es ist seine Aufgabe im Vorfeld gerichtlicher Auseinandersetzungen als Schlichter aufzutreten, die Gerichte zu entlasten, das heißt, kleine Streitigkeiten erst gar nicht zu 'Fällen' werden zu lassen und Bürgern, die Recht suchen, Gerichtsverhandlungen und Unkosten zu ersparen.

In Fällen von Beleidigung, Verleumdung, übler Nachrede, Bedrohung, Sachbeschädigung und bei bestimmten Fällen von Körperverletzung muß ein Bürger, der den Klageweg beschreiten will, sich zunächst mit dem Beschuldigten vor dem Schiedsmann treffen.

Erst wenn dieser keinen Vergleich erzielt, wird eine Sühnebescheinigung ausgestellt, die der Antragsteller braucht, um Privatklage zu erheben.

Aber nicht nur für Strafsachen, sondern auch für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten ist der Schiedsmann zuständig. Hier ist sein Aufgabengebiet jedoch auf vermögensrechtliche Ansprüche beschränkt und es besteht auch keine Erscheinungspflicht für die streitenden Parteien.

Er kann nur tätig werden, wenn beide Seiten das wünschen. Viele Vorgänge, mit denen er befaßt ist, sind sogenannte gemischte Fälle.

Straftat und vermögensrechtlicher Anspruch müssen hier gemeinsam verhandelt werden.

Und da kommt er nicht ohne juristische Vorkenntnisse aus, denn aus einem vor dem Schiedsmann geschlossenen Vergleich soll die gerichtliche Zwangsvollstreckung stattfinden können. Das Protokoll ist so abzufassen, daß man einen vollstreckbaren Titel erhält.

Allerdings - juristisch vorgebildet soll und muß ein Schiedsmann nicht sein.

Gewählt und vereidigt bekommt er die Bücher, die er von nun an führen muß (Protokollbuch, Terminkalender und Kassenbuch), einen Haufen Formulare, die Ausführungsvorschriften zum Berliner Schiedsmannsgesetz und das Amtssiegel in die Hand gedrückt.

Dazu ein paar Fachbücher für Schiedsmänner, als da sind: "Das Sühneverfahren vor dem Schiedsmann", Auszüge aus dem Strafgesetzbuch, dem Jugendgerichtsgesetz, aus der Strafprozeßordnung, dem Bürgerlichen Gesetzbuch, die Schiedsmannsordnung der verschiedenen Bundesländer, und muß dann, völlig auf sich gestellt, sich einarbeiten.

Schließlich kann er noch an einem Einführungskurs, der vom Bund Deutscher Schiedsmänner durchgeführt wird, teilnehmen.

Alles was man dann, abgesehen von dem nun erworbenen juristischen Schmalspurwissen braucht, muß man selber mitbringen: Ein bißchen Menschenkenntnis, Einfühlungsvermögen, Gelassenheit für die Verhandlung, in der es manchmal recht bewegt zugeht, und Geduld bei Diskussionen über die Straftat. Denn mancher Bürger hat ein sehr empfindliches Ehrgefühl, das schnell zu verletzen ist.

Man muß die Fähigkeit haben, Schutzbehauptungen an die richtige Stelle zu rücken und Verständnis für das Rechtsempfinden des Normalbürgers, der sich oft nichts als die Bestrafung des Gegners erhofft und nicht gleich versteht, daß es Aufgabe des Schiedsmanns ist, einen Vergleich herbeizuführen, bei dem sich beide Parteien entgegenkommen, aber auch keiner ungerechtfertigt zuviel nachgibt. Während die Wahrheitsfindung Sache des Richters ist, kann der Schiedsmann manchmal sogar eine Versöhnung herbeiführen.

Meistens aber ist der Anlaß, der zum Schiedsmann führt nur der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt. Die Vorgeschichte ist oft lang, die Parteien schon lange zerstritten und alles das kommt dann bei der Verhandlung zum Vorschein und muß erst einmal in Gegenwart eines Dritten, der unparteiisch ist, ausgesprochen und ausgetragen werden, bevor ein Vergleich in Sicht ist.

Besonders Ärger durch Hellhörigkeit von Neubauwohnungen, Kinderlärm, der von alten Menschen schwer ertragen wird, Hunde, die als störend empfunden werden, alte persönliche Rivalitäten, Familienstreitigkeiten führen schließlich zu einer strafbaren Handlung und damit zum Schiedsverfahren.

Das meiste aber spielt sich im Vorfeld ab und wird dadurch gar nicht erst zum Fall, sondern erledigt sich schon in der einmal die Woche gehaltenen Sprechstunde oder am Telefon. Und es kann auch schon mal am späten Abend oder an Sonn- und Feiertagen klingeln, weil die Angelegenheit so dringlich erscheint. Die Zahl der im Protokollbuch aufgeführten Fälle gibt daher über die wirkliche Inanspruchnahme keine volle Auskunft.

Zeiten der Ruhe wechseln mit Wochen, in denen gleich mehrere Anträge auf Sühneverhandlung gestellt werden und der Zeitaufwand für den einzelnen Fall muß recht unterschiedlich bemessen werden.

Selten kann man etwas mit Routine behandeln.

Häufig muß man sich auf Gebieten sachkundig machen, die einem bis dahin völlig fremd waren, sich aber bei näherer Beschäftigung mit der Sache als recht interessant erweisen können.

Oft stellen auch Anwälte die Anträge für ihre Mandanten.

In der Verhandlung, der dann möglicherweise zwei Anwälte beiwohnen, die natürlich juristischen Sachverstand mitbringen - wenn auch nicht immer genaue Kenntnisse über die Funktion des Schiedsmanns - muß dieser gerade dann seiner Aufgabe als neutraler Sachwalter gerecht werden und darf sich als Laie die Fäden nicht aus der Hand nehmen lassen.

Freilich hilft ihm auch der Respekt des Bürgers vor dem Amt. Und die private Atmosphäre des eigenen Wohnzimmers kann sich zusätzlich als nützlich erweisen, wenn es eine Schlägerei oder ähnliches zu verhindern gilt, ohne daß er Polizeischutz anfordern muß.

Auch der berufliche Hintergrund der verschiedenen Parteien zwingt natürlich zu einer flexiblen Verhandlungsführung. Während in dem einen Berliner Bezirk der zuständige Schiedsmann sich um einen Dolmetscher für die Verhandlung mit Ausländern bemüht, auf deren anders gelagertes Rechtsempfinden er sich zusätzlich einstellen muß, tritt der Kollege in einem anderen Bezirk in eine Verhandlung ein, in der ein Anwalt seinen Rechtsstreit mit einem Richter oder einem Prominenten zunächst vor dem Schiedsmann austragen muß.

Bleibt noch zu sagen, daß der Schiedsmann sein eigener Schriftführer und Kassenwart ist. Ladungen, Protokolle, Sühnebescheinigungen und Abschriften müssen angefertigt werden. Verhandlungen müssen vorbereitet werden. All das nimmt oft mehr Zeit in Anspruch als die eigentliche Verhandlung.

Und doch bleibt nach fast sieben Jahren im Amt des Schiedsmann für die 'Schiedsfrau' die Erfahrung, daß man Menschen in schwierigen und belastenden Situationen manchmal helfen kann.

Helene Luckow

Helferin für Chronisch Kranke

Solange ich denken kann, habe ich schon ehrenamtlich gearbeitet, denn in der Kirchengemeinde gibt es immer eine Menge zu tun.

Ich habe mit dieser Arbeit aufgehört und mich einem anderen Schwerpunkt zugewandt: Seit zwei Jahren besuche ich chronisch kranke Frauen in einem städtischen Krankenhaus. Ich gehöre zu einem Besuchskreis von 30 Frauen, aus verschiedenen evangelischen und katholischen Gemeinden Zehlendorfs.

Wir treffen uns, um Erfahrungen auszutauschen und um gemeinsam Probleme aufzuarbeiten. Fortbildungen werden uns angeboten über Tod und Sterben, auch Frauenarbeit, die uns beim Besuchsdienst weiterhelfen sollen. Krankheit und Tod, das sind Themen, die von der Öffentlichkeit tabuisiert werden, was zählt, sind die gesunden und aktiven Menschen. Bei den Menschen, die wir besuchen, wissen wir, daß dies ihre letzte Station ist, sie sind am Ende ihres Lebens angekommen.

Da ich zuvor nicht mit alten Menschen zu tun hatte bei meiner ehrenamtlichen Arbeit, hatte ich Schwierigkeiten und Zweifel, als ich zum ersten Mal an das Bett einer kranken Frau trat, ob es mir gelingen würde, mit ihr in ein Gespräch zu kommen. Und es stellte sich heraus, daß es hilfreicher war, wenn eine Frau aus der Gruppe bei dem ersten Gespräch mitging. Wir haben uns dann vorgestellt und nach dem Befinden gefragt. Oft kam sehr wenig von den Patientinnen, manchmal wurden wir erschlagen von aufgestauten Gefühlen.

Es sollten nur die Frauen besucht werden, die keine Angehörigen mehr haben, die einsam sind. Aber einsam sind sie alle, weil sie vielleicht Witwen sind, weil ihre Söhne im Krieg gefallen sind oder die Kinder nicht mehr in Berlin leben. Es sind zum Teil auch Menschen, die von ihren Verwandten vergessen worden sind.

Manche Menschen können nicht sterben, weil sie noch so viel an ihre Vergangenheit denken, sie haben ihre Vergangenheit noch nicht aufgearbeitet, sie finden keine Ruhe. Es ist auch niemand da, der sich um die Wohnung kümmert oder um die Auflösung.

Manches Mal haben die Frauen den Wunsch, nach Hause zu gehen, und dann muß ihnen gesagt werden, die Wohnung wurde bereits aufgelöst. Das sind Menschen, die einmal im Leben aktiv waren, viel gearbeitet haben und nun wissen, daß dieses Bett ihre letzte Station ist. Sie betrachten ihr Dreibettzimmer, den Nachttisch und ein paar kleine persönliche Dinge als ihre Wohnung - so ist es jedenfalls im Städtischen Krankenhaus

So ist es unsere Aufgabe, mit den Einsamen zu sprechen, etwas Leben von draußen mitzubringen. Eine Hand halten, Freundlichkeit, zuhören, einen Kummer mittragen.

Ich kann keine Tätigkeiten übernehmen, die von ausgebildeten Fachkräften ausgeführt werden, aber ich kann das Pflegepersonal entlasten. Ich betrachte meine Aufgabe so, als würde ich einen Angehörigen oder Verwandten besuchen.

Erschwerend ist, daß ich nichts aus dem Leben dieser Menschen kenne, ich kenne auch ihr Krankheitsbild nicht. Nur durch regelmäßige Besuche gelingt es oft, ihr Vertrauen zu gewinnen. Diese kranken Menschen flüchten nicht selten auch in eine Scheinwelt, aber auch dahin kann man sie begleiten. Einige Frauen sind schon etwas verwirrt, andere können aufstehen und ihr Essen am Tisch einnehmen. Diese Menschen sind für jede kleine Aufmerksamkeit dankbar, eine Postkarte, ein kleiner Blumenstrauß, ein freundliches Wort.

Bei einer alten Dame hatte ich das Gefühl, sie könnte nichts erfreuen. Sie plagten schlimme Erinnerungen aus der Kindheit, so sprach sie von ihrem Vater, der sie grob behandelt hatte, erhob Anklage an sich selbst und dann sah ich, wie ihr Blick auf einen Blumenstrauß fiel, der an einem anderen Bett stand.

Ich fragte sie, ob ihr Blumen gefallen. Dann erzählte sie, daß sie Blumen liebt und sie früher zu Hause viele Blumen im Garten hatten. Ich fragte sie, ob sie sich freuen würde, wenn ich Blumen mitbringe und sie fragte, das würden Sie tun ?

Seitdem bekommt sie Blumen und ich sah sie das erste Mal vor Freude weinen.

Mit den Sozialarbeitern wurde abgemacht, da genug Taschengeld vorhanden ist, die Blumen davon zu bezahlen.

Schwer ist es immer, dem Tod begegnen zu müssen, erinnert zu werden an die eigene Sterblichkeit. Hier ist auch unser wunder Punkt, wieweit können wir gehen, wo ist die Grenze, wie können wir helfen, mehr zu tun.

Ich besuche die Kranken nur alle zwei Wochen. Wenn ich dort ein paar Stunden lang war, dann habe ich soviel zu überdenken und zu verarbeiten, es ist immer wieder eine Überwindung. Aber ich sage mir auch immer, eines Tages könnte ich auch dort liegen, dann würde ich mich auch freuen, wenn sich jemand um mich kümmert, aber es ist eine Arbeit, die den ganzen Menschen fordert.

Mehr Therapie sollte angeboten werden. Als Gruppe haben wir uns für einige Änderungen eingesetzt, die gar nicht viel kosten. Ich wünsche mir ein erfülltes Leben bis zuletzt, keine Anstrengung sollte zu teuer sein, um ein würdiges Alter zu ermöglichen.

Es müßte mehr in die Öffentlichkeit, daß Krankheit und Sterben auch zu einem natürlichen Lebenslauf gehört und wir dies annehmen. Die meisten von uns werden über kurz oder lang selbst vor diesem Lebensabschnitt stehen. Ich wünschte mir, wenn ich einmal in die Situation komme, daß sich soviel geändert hat, daß ich mich auf mein Alter freuen kann. Deshalb denke ich jetzt, die chronisch kranken Menschen brauchen uns.

Edith Gall

Die Schöffin, Gemeindegkirchenrätin und Vorstandsmitglied

Neben meiner jahrelangen beruflichen Arbeit im sozialen und erwachsenpädagogischen Bereich habe ich eigene Erfahrungen mit ehrenamtlicher Arbeit - ich sage lieber: mit unbezahlter und freiwilliger Arbeit. Meine berufliche und bezahlte Arbeit galt in den vergangenen Jahren vorwiegend der Fortbildung von Frauen, die sich unbezahlt und freiwillig sozial-pädagogisch engagieren.

Ich stehe also mit zwei unterschiedlichen 'Beinen' in der freiwilligen und unbezahlten Arbeit. Was ist nun mein 'Standbein', was mein 'Spielbein'? Auf jeden Fall: von zwei Standorten aus gucke ich auf das 'Syndrom ehrenamtlicher Arbeit'. Eindeutig ist für mich zunächst nur, daß es sich um unbezahlte Arbeit handelt. Bei 'Freiwilligkeit' wird es schon mehrdeutig oder mehrdeutbar !

Die Arbeit als Schöffin oder: 'von wegen Ehre'

Ich bin seit einem Jahr und noch für drei weitere Jahre als Schöffin beim Berliner Amtsgericht (Kriminalgericht) berufen. Ich habe mir dieses Amt nicht ausgesucht. Ich bin dazu sozusagen 'zwangsverpflichtet' worden. Ich tue meine staatsbürgerliche Pflicht, zusammen mit etwa 1500 anderen Frauen und Männern dieser Stadt, die der Durchführbarkeit der Strafprozeßordnung dient. Ich nehme in der Regel einmal monatlich an einem oder mehreren Strafprozessen teil, gegen eine geringe Aufwandsentschädigung. Formal bin ich an der Urteilsfindung beteiligt, faktisch ist mein Einfluß darauf fast Null.

Die Arbeit als Gemeindegkirchenrätin im Leitungsgremium einer Evangelischen Kirchengemeinde oder: Vertrauen und Verantwortung anstelle von Ehre.

Ich gehörte zwei Jahre lang zum GKR (Gemeindegkirchenrat) meiner Gemeinde, weil ich mich als Sozialarbeiterin von den Kollegen/innen freiwillig als Kandidatin für den GKR aufstellen ließ. Ganz freiwillig ? Es gab außer mir und noch einem Kollegen niemand von den etwa 15 Mitarbeitern/innen, der sich zur Wahl aufstellen ließ. Meine Wahl bedeutete für mich, daß mir Gemeindegmitglieder ihr Vertrauen aussprachen - aber nicht Ehre bekundeten. Und praktisch hieß es: Verantwortung wahrzunehmen, unentgeltlich, ein- bis zweimal monatlich eine lange Abend- und Nachtsitzung, dazu mal mehr, mal weniger zusätzlich etwas zu beraten, zu klären, zu tun. Die Aufgaben reichten von Personalfragen über Verwaltungsaufgaben bis hin zu der Gestaltung des kirchengemeindlichen 'Lebens'.

Drei Pfarrer (hauptamtliche und 'geborene' Mitglieder) und acht 'Laien' (ehrenamtliche, gewählte Mitglieder) mühten sich um diese Aufgaben mit ihren unterschiedlichen Qualitäten und Qualifikationen.

Ich hatte das nicht übliche Glück, in einem recht demokratischen GKR mitzuarbeiten, in dem die Hauptamtlichen nicht auf ihre Macht pochten, nämlich ihren Informationsvorsprung, ihren erhöhten Zeiteinsatz und damit bessere Argumentationsfähigkeiten ausspielten, sondern Überlegungen und Entscheidungen wirklich zur Disposition stellten. Und doch spielten - wie in jeder Arbeitsgruppe oder in jedem Gremium - Gruppenprozesse eine meist nicht bewußt beachtete Rolle; manchmal arbeiteten wir miteinander, manchmal gegeneinander. Das hierarchische Gefälle zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen blieb bestehen, trotz eines anderslautenden Anspruchs und Selbstverständnisses. Die 'Ehrenamtlichen' oder 'Laien' waren mehr diejenigen, die die Ideen und Vorschläge der Hauptamtlichen unterstützten und ihnen zu-arbeiteten als diejenigen, die Innovationen in Gang setzten.

Die Arbeit in einem sozial-pädagogischen Verein oder:
'Lernziel Solidarität' anstelle von 'Ehre' und 'Amt'.

Aus meiner haupt- und 'ehrenamtlicher' Arbeit in der Kirchengemeinde und aus den (Frustrations-)Erfahrungen von freiwilligen mitarbeitenden und 'aktiven' Gemeindemitgliedern, anfangs als Alternative zu einem Teil offizieller kirchlicher Arbeit, erwuchs ein Projekt für 'sozial Benachteiligte'. Frauen und Männer im mittleren Alter, mit unterschiedlichen Motivationen und Zielvorstellungen taten - und tun bis heute - diese Arbeit bewußt nicht in der Trägerschaft einer gesellschaftlichen Großorganisation (wie Kirche), sondern als freier Verein, dem Bereich der 'Selbsthilfe' zugehörend, gemeinnützig, staatlich 'förderungswürdig' gemäß Senatsrichtlinien, schließlich von der Gemeinde auch unterstützt. Wir taten gesellschaftlich notwendige Arbeit, als Träger sozialpädagogisch betreuter Wohngemeinschaften für Jugendliche, die aus der Heimerziehung entlassen wurden.

Wir taten es, wie es denn bei Selbsthilfeprojekten üblich ist und war - schon damals, Mitte der 70er Jahre! - billiger als in einer staatlichen oder kirchlichen Organisation, weil wir nicht in den 'Genuß' einer Regelfinanzierung kamen, weil die bei uns angestellten Sozialarbeiter untertariflich arbeiteten, weil wir selber nicht nur unbezahlte Arbeit leisteten, sondern noch eigene Mitgliedsbeiträge hineinsteckten.

"Ganz schön blöd!" sagen die einen, "wie schön, wie mündig, wie nachahmenswert", sagen die anderen. Wie auch immer: wir kamen nicht auf den dummen Gedanken von 'Ehre', vor lauter handfesten Schwierigkeiten, - bürokratischen Erschwernissen, Struktur- und Gruppenbeziehungsproblemen. Und wir lernten, daß 'zwischen den Stühlen' der eigentliche (Spiel-) Raum für Entwicklung und Veränderung liegt: den einen waren wir zu kirchlich, den anderen zu unförmig. Die einen fanden uns zu opportunistisch, die anderen zu radikal, die einen zu chaotisch, die anderen zu straff organisiert.

Wie auch immer: gelernt haben wir viel, gerade im Umgang mit Behörden und Institutionen, im Hinblick auf im Ursinn des Wortes politische Arbeit und christlich-humanitäre Verantwortung, - und nicht zuletzt im Hinblick auf die Motivation ehrenamtlicher- nein: freiwillig und unbezahlt geleisteter gesellschaftlicher Arbeit. Mir fällt auf: immer, wenn ich von dieser Arbeit spreche, sage ich "Wir"!

Meine mittelbaren Erfahrungen - vermittelt durch Frauen, die freiwillige und unbezahlte, sozial-pädagogische Arbeit tun:

Ich habe mich selber und die freiwillig tätigen Frauen immer wieder gefragt - thematisiert und 'zwischen den Zeilen -: Weshalb tun wir solche Arbeit ? Was möchten wir dadurch erreichen? Wozu setzen wir Zeit, Energie, Fähigkeiten und teilweise sogar Geld ein, um gesellschaftlich notwendige Aufgaben im sozialen und politischen Geflecht zu übernehmen ?

Dazu einige reflektierten Alltagserfahrungen:

Frauen und Männer ohne Berufstätigkeit suchen oftmals in einer freiwilligen Arbeit einen "Raum", in welchem sie

- lebensgeschichtliche Beziehungsmuster 'abarbeiten' können, unbewußt und letztlich auf Kosten der 'Betreuten', (zum Beispiel - Frauen mit unerledigten Schuld- und Ablehnungsgefühlen gegenüber den eigenen Eltern sorgen sich 'rührend' um alte Menschen).
- eigene verdrängte Probleme an ihre 'Betreuten' delegieren, (zum Beispiel - Menschen besonders im mittleren Alter, die ihre Ängste vor Sterben, Altsein und Krankheit nicht 'anschauen' können und wollen, sind äußerst aktiv in Seniorenarbeit oder besuchen regelmäßig Pflegebedürftige in Hospitälern).
- ihre eigenen psychischen Bedürftigkeiten und Beziehungsstörungen durch helfende Tätigkeiten kompensieren können ("Helfer-Syndrom").
- aus den Erfahrungen beruflich entfremdeter Arbeit ausweichen können in den Freiraum konkurrenzloser und unbürokratischer 'Hilfs-Bereitschafts-Arbeit'.

Folgerungen

1. Es dünkt mich unverantwortlich zu sein, Familienfrauen, Jugendliche und Senioren (- um nur einige zu nennen -) zur sozialen Mit-Verantwortung aufzurufen und ihnen den sinnerfüllenden und 'ehrenhaften' Lohn von Hilfsbereitschaft vor Augen zu malen, ohne ihnen gleichzeitig Raum zu geben, ihre psychischen Begrenzungen und lebensgeschichtlichen Erfahrungen, Enttäuschungen und Verletzungen aufzuarbeiten.

Aufruf zur Hilfs-Bereitschaft und 'Hilfen für Helfer' in kontinuierlicher Begleitung und Beratung durch qualifizierte und bezahlte 'Helfer' müssen viel stärker als bisher miteinander verbunden werden. Förderung 'ehrenamtlicher' Arbeit bei gleichzeitigem Stellenabbau im sozialen Bereich ist inhuman und unsozial !

2. Eine entsprechende Begleitung (Praxisberatung, Supervision, Fortbildung) muß ausgerichtet sein an der Entwicklung und Stärkung der Selbst-Bewußtheit, der psychischen, sozialen und ökonomischen Selbständigkeit der freiwillig Mitarbeitenden. Sie darf nicht wiederum abhängig machen von der Person- und Sachautorität des/der Begleiters/in oder des/der Fortbildner/in.
3. Die Förderung von Selbsthilfeprojekten muß eine langfristige Finanzierung vorsehen (Regelfinanzierung), ohne diese Projekte jedoch durch zu starke bürokratische Auflagen 'an die Leine zu legen'.
4. Parallel zur qualifizierten Förderung freiwilliger sozialer Arbeit muß gerade für Frauen in der Mitte des Lebens der Wiedereinstieg in eine Berufstätigkeit durch Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglicht werden, so daß eine echte freiwillige Wahl zwischen beruflicher und freiwilliger Arbeit möglich wird.

Benita Glage

Selbhilfegruppe für krebskranke Frauen

Frau Rost berichtet, daß sie 1976 durch eine Journalistin auf die Problematik krebskranker Frauen aufmerksam wurde. Sie hörte, daß die Oberschwester eines Berliner Krankenhauses, Brigitte Burmeister, eine erste Selbsthilfegruppe für brustamputierte Frauen gegründet hatte.

Damals ahnte sie noch nicht, daß sie selbst im Jahre 1978 zu den Betroffenen zählen würde. Sie nahm nach ihrer Operation Kontakt zur Gruppe von Frau Burmeister auf und erfuhr so viel persönliche Bereicherung, daß sie selbst eine Gruppe in Kreuzberg übernahm.

Durch Unterstützung des Kreuzberger Stadtrates für Soziales wurden geeignete Räume zur Verfügung gestellt. Diese seit 5 Jahren bestehende Gruppe zählt inzwischen 60 Frauen, die auf vielfältige Weise durch Telefongespräche, Hausbesuche, Besuche im Krankenhaus, die Hilfe durch Frau Rost in Anspruch nehmen. Dazu kommt dann noch die Gruppenarbeit durch regelmäßige Treffen, bei denen meist 15 - 25 Frauen anwesend sind.

Nur mit viel zeitlichem Einsatz und auch persönlichen finanziellen Zuwendungen läßt sich die selbst übernommene Aufgabe durchführen.

Frau Eddington schildert anhand ihres eigenen Erlebens, das ähnlich auch von Frau Rost angeführt wurde, die tiefe Betroffenheit einer erkrankten Frau, die mit einer Brustoperation ein Stück ihres eigenen 'Ichs' verliert. Sie wußte sich in den Tagen vor und nach der Operation getragen von ihrer Familie, besonders von ihrem Mann. Alles mitmenschliche Fühlen hilft aber noch nicht bei der Bewältigung der nötigen weiteren Schritte (Beschaffung einer Prothese, Kuren, Schwerbehindertenausweis usw.).

Frau Eddington erfuhr durch einen Aushang im Krankenhaus von der durch Frau Burmeister geführten Gruppe, die sie dann besuchte. Hier gaben ihr Information und Aufklärung durch Gespräche mit Betroffenen Hoffnung für ihr weiteres Leben. Sie befähigten sie aber auch, selbst Krankenbesuche bei Erkrankten zu machen und ihnen damit Hilfe zu geben, aus der Verzweiflung über ihre Lage herauszukommen. Das erforderte viel Zeit und Geduld, denn jede Frau erlebt ihre Erkrankung ganz persönlich und kann andererseits sich nur von einer Selbstbetroffenen verstanden fühlen.

Als wichtigstes Erlebnis schildert Frau Eddington die Dankbarkeit der Frauen, wenn man ihnen Hilfe beim Anlegen oder Besorgen der ersten Prothese geben kann.

1982 gründete Frau Eddington dann eine eigene Selbsthilfegruppe in Spandau, die inzwischen auf 64 Frauen zwischen 32 und 75 Jahren angewachsen ist. Zu allen Frauen unterhält sie engen Telefonkontakt, ist Gesprächspartner, wenn wieder ein Krankenhausaufenthalt notwendig ist oder wenn es in der Beziehung zum Mann Schwierigkeiten aufgrund der Operation gibt. Oft fangen diese Telefonate am frühen Morgen an und nehmen so einen großen Teil ihres Alltags in Anspruch.

Beide Berichterstatterinnen sprechen dieses Übermaß an Gesprächsbereitschaft an. Mit ihrem Aufgebot an Zeit könnten sie auch einer Berufstätigkeit nachgehen. Es bremst auch die Bereitschaft jüngerer Frauen, Gruppenleitungen zu übernehmen, Bedarf dafür ist vorhanden. Nur das Verständnis ihrer Ehemänner ermöglicht ihnen den Einsatz in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Zu den persönlichen Gesprächen und Besuchen kommen Vorbereitung und Einsatz in den Gruppenabenden. Einen breiten Raum nehmen hier stützende Gespräche ein. Es werden Hinweise auf Kuren und Behandlungsmethoden gegeben, aber auch Feste des Jahreskreises gefeiert, um damit die Frauen von ihren Sorgen und Problemen abzulenken.

Die für die Durchführung der Arbeit notwendige Finanzierung ist oft schwer zu bewältigen, denn es gibt außer kleinen Summen für Telefon, Briefmarken, Fahrgelder, keine staatlichen Zuwendungen.

Die bisherigen Initiativen für die Hilfestellung brustamputierter Frauen sind nach Ansicht der Berichterstatterinnen zu gering. Bedarf an weiteren Selbsthilfegruppen besteht anhand der Zahl der erkrankten Frauen sicher.

Die Katholische Frauengemeinschaft, die selbst eine solche Gruppenarbeit anbietet und beleben will, ist der Ansicht, daß für die Durchführung der ehrenamtlichen Arbeit die nachstehenden Überlegungen sehr wichtig sind:

- eine finanzielle Entschädigung, die Anreiz für jüngere betroffene Frauen ist, anstelle von Wiederaufnahme einer Berufstätigkeit, die Leitung einer Selbsthilfegruppe zu übernehmen.
- finanzielle Zuwendungen für Gruppenleiterinnen, die notwendige Ausgaben für Telefon, Porto und Besuchskosten decken.
- finanzielle Zuwendung für Fest- und Fei-ergestaltung.

- Finanzierung von Druckschriften und Prospekten.
- Finanzierung für gelegentlichen Einsatz medizinischer oder sonstiger Fachkräfte.
- Bereitstellung kostenloser Gruppenräume.
- eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit durch die Medien.

Elly Zielinski

für die Selbsthilfegruppe krebserkrankter Frauen

Die Betriebsrätin

Ich bin 30 Jahre und seit 13 Jahren in der Gewerkschaft. Mit 17 Jahren trat ich in die IG Chemie ein und arbeitete aktiv an der Jugendarbeit mit. Die Teilnahme an Wochenendseminaren, gab mir Selbstsicherheit. Mit 19 Jahren wurde ich zur Jugendvertreterin gewählt. 1979 landete ich dann im Einzelhandel und wechselte zur DAG.

Der amtierende Betriebsrat in unserem Betrieb entsprach nicht meinen Vorstellungen, also stellte ich mich 1981 zur Wahl für den Betriebsrat.

Die Anzahl der Stimmen reichte allerdings nur zur 2. Nachrückerin.

Nachdem zwei Betriebsräte für längere Zeit erkrankten, hätte ich zu allen Sitzungen eingeladen werden müssen, was nicht geschah. Ich schaltete den Betreuungssekretär der DAG ein und wir schrieben einen Brief an den Betriebsrat.

Dieser Betriebsrat hielt ab sofort nur noch Betriebsausschußsitzungen ab, wo Ersatzmitglieder kein Teilnahmerecht haben. Mich hinderte das nicht daran, Betriebsarbeit an der Basis zu leisten.

Ich half vielen Kolleginnen und Kollegen durch richtige Eingruppierung zu ihrem Recht und zu ihrem Geld.

Aufgerüttelt durch sichtbaren Erfolg, entschlossen sich einige Kolleginnen und Kollegen dazu, in die DAG einzutreten. Wir bildeten eine Betriebsgruppe, in der Flugblätter entwickelten gegen den Betriebsrat. Wir forderten den Betriebsrat auf, zurückzutreten.

Da man den Betriebsrat auch als Geschäftsrat bezeichnen konnte, der der Geschäftsleitung nichts entgegensetzte, hatte auch die Geschäftsleitung kein Interesse an einer Veränderung in Punkto Betriebsrat. Sie wurde aktiv in dem sie mich in ein anderes Haus versetzen wollte. Weil ich aber durch meine Betriebsrats-tätigkeit bereits Kündigungsschutz hatte, gelang ihr das nicht.

Anfang Juli 1982 hatten wir es geschafft, der Betriebsrat trat zurück. Die von mir eingeleitete Arbeit hatte sich gelohnt.

Die Kolleginnen und Kollegen mußten zwischen drei Listen wählen (DAG, HBV und alter Betriebsrat) 3 Sitze gingen an die von mir angeführte DAG-Liste, 4 Sitze an die HBV und 2 Sitze erhielt der alte Betriebsrat. Mit 5 zu 4 Stimmen wurde ich dann zur Vorsitzenden und freigestellt gewählt. 3 Stimmen von der DAG und 2 vom alten Betriebsrat, die von der Geschäftsleitung geimpft waren, wie ich später erfuhr.

Die Geschäftsleitung schätzte mich als harmlos ein. Meine Interpretation "Mit der Frau werden wir schon fertig".

Auch mit meinem Stellvertreter hatte ich meine Probleme, der mir als Vorsitzende gnädigerweise den Vortritt ließ, mit den Worten, 'Mal sehen, ob Du Deine Vorstellungen auch vor der Geschäftsleitung vertreten kannst'.

Nicht nur, daß der Anfang schwer war, es blieb schwer und es wird schwer bleiben, denn als Frau muß man nicht hundert-, sondern zweihundertprozentig sein. Es fängt damit an, daß Kolleginnen und vor allem Kollegen einer Frau nicht zutrauen, daß sie sich durchsetzen kann und dann auch noch gegen Männer. Betriebsräte lassen sich alles vorkauen und meckern bei Kleinigkeiten, wie Tippfehlern, herum.

Als ich Vorsitzende wurde, bin ich ins eiskalte Wasser gesprungen. Von Führung der Betriebsratsarbeit und Gesetzen hatte ich keine Ahnung, aber ich hatte den festen Willen, alles zu lernen. Ich besuchte Seminare wo es nur ging. Rhetorik, Arbeitsrecht, Betriebsverfassung und auch Personalplanung. Meine Wissenslücken hatten sich bald auf ein Minimum reduziert. Mein Stellvertreter dagegen war auf dem ursprünglichen Stand geblieben. Er ist der Meinung 'Diese Seminare bringen ja doch nichts, das ist alles viel zu theoretisch, ohne Verbindung zur Praxis'.

Da war ich ganz anderer Meinung, nur verkaufen konnte ich meine Arbeit nicht so gut wie er.

Fragen, die von Kolleginnen und Kollegen an ihn herangetragen wurden, landeten als Zettel bei mir auf dem Schreibtisch. Die Fragen wurden von mir auch treu und brav beantwortet und an ihn weitergeleitet. Die Lorbeeren dafür erntete er bei den Kolleginnen und Kollegen, denn er verkaufte alles als sein Wissen. Leider kam ich ihm erst viel später auf die Schliche.

1984 standen wieder Wahlen an. Wir hatten viel erreicht und verändert. Einstellungen, Versetzungen und Eingruppierungen liefen nicht mehr ohne Betriebsrat ab. Kündigungen konnten durch Widerspruch verhindert werden. Die Kantine wurde auf Initiative des Betriebsrates renoviert und Betriebsvereinbarungen zu Gunsten der Arbeitnehmer abgeschlossen, nicht zu vergessen 70 Umgruppierungen.

Ich wurde wieder zur Vorsitzenden und freigestellt gewählt, ebenso mein Stellvertreter, der darüber allerdings nicht so erfreut war, denn eigentlich wollte er den Vorsitz beanspruchen. Bei einem 80%igen Anteil von Frauen im Betrieb sind wir mit drei Frauen schlecht besetzt.

Eine dieser Frauen, immer im Schatten des Stellvertreters, ist neu im Betriebsrat. Mir war total schleierhaft, warum sie nicht zu Seminaren fahren wollte. Mir wurde bald klar warum.

Nachdem ich immer und immer wieder bohrte und fragte, warum sie nicht fahren will, sagte sie mir dann, der Stellvertreter ist der Meinung, daß solche Seminare doch nichts bringen. Logisch, er wollte keine zweite Frau im Betriebsrat haben, die mehr weiß als er. Ich konnte sie davon überzeugen, ihre eigene Erfahrung zu machen und nach dem ersten Seminar konnte sie im Betriebsrat schon mitreden. Nachdem sie nun alle erdenklichen Seminare besuchte, erkannte sie bald, was für ein Blender dieser Stellvertreter ist. Auf Betriebsversammlungen schlägt er ordentlich Schaum und auf den Betriebsratssitzungen hält er den Mund.

Nun sind wir schon zwei Frauen, die gute und basisorientierte Betriebsratsarbeit leisten. Männer brauchen immer nur einen guten Eindruck zu machen und schon können sie etwas, dabei sind es gerade die Frauen, die mit ganzem Herzen Betriebsratsarbeit machen.

Ich habe nie verschwiegen, daß Betriebsratsarbeit schwer ist. Da sind die kleinen Sorgen und Probleme der Kolleginnen und Kollegen, die gelöst werden müssen, entwickeln von Betriebsvereinbarung, wie im Moment zur 38.5 Stunden-Woche, Verhandlungen mit der Geschäftsleitung, erstellen von Statistiken und Urlaubsgrundsätzen.

In der Betriebsratsarbeit steckt eine ganze Menge Verantwortung, es ist kaum vorstellbar, aber die Arbeit macht 'Spaß', wenn dieses Wort überhaupt das richtige dafür ist. Was bedeutet schon Streit mit der Geschäftsleitung, wenn die Kollegin nun doch ihren Urlaub bekommt, weil das Kind krank ist. Jeder noch so kleine Erfolg treibt weiter.

Frauen müssen einfach mehr Mut haben zu sagen: "Das schaffe ich schon". Man kann alles lernen, wenn man nur will. Es werden ja auch Seminare angeboten, die während der normalen Arbeitszeit stattfinden, nur fallen die immer wieder aus, weil es zu wenige Bewerber dafür gibt. Die so oft vorgeschobenen Kinder sind da kein Grund mehr. Die meisten Frauen glauben ja auch, Betriebsratsarbeit sei nichts für sie. Natürlich ist es schwer.

Da ist der Mann, die Kinder und dann auch noch der Haushalt. Und ich frage mich : Ja haben die Frauen denn keinen Anspruch auf ein eigenes Leben? Sind wir die Leibeigenen der Familie ?

Männer setzen es einfach voraus, bei verantwortungsvoller Tätigkeit auch mal an einem Seminar teilnehmen zu müssen. Frauen haben das einfach nicht zu tun. Arbeiten ja, Verantwortung nein !

Wer erst einmal Verantwortung übernommen hat - und Betriebsratsarbeit ist mit viel Verantwortung verbunden - will sie auch nicht mehr missen, denn wer verzichtet schon freiwillig auf sein Selbstbewußtsein ?

Männer, die ihrer Frau die Möglichkeit verleiden, eine verantwortungsvolle Tätigkeit zu übernehmen - wie zum Beispiel die Betriebsratsarbeit - brauchen keine Frau als Partnerin, sondern eine Haushälterin, nur, die kostet Geld.

Es würden sich mehr Frauen für die Betriebsratsarbeit zur Verfügung stellen, wenn die Männer mehr Verständnis für sie hätten.

Wenn mehr Frauen, die Mütter sind, an Seminaren teilnehmen wollen, dann müssen die Gewerkschaften für Kindergartenplätze sorgen.

Hätten Frauen die Möglichkeit an kostenlosen Abendseminaren teilzunehmen, um Grundwissen für die Betriebsrats-tätigkeit zu erlangen, hätten mehr Frauen den Mut zur Kandidatur.

Wenn Frauen, Frauen Durchsetzungsvermögen zutrauen würden, hätten auch mehr den Mut zum Kampf, mit und auch gegen die Männer.

Frauen, die wissen, was es bedeutet, Verantwortung zu haben, wollen diese nicht mehr missen.

Wenn Frauen sich nicht als Rivalinnen sehen würden, hätten sie mehr Kraft, für ihre Interessen zu kämpfen.

Wenn Frauen Männer kritischer betrachten würden, merkten sie, daß oft mehr Schein als Sein vorhanden ist.

Als Mutter stellen sich Frauen der Verantwortung, im Berufsleben trauen sie sich nicht.

Monika Brück

Die Sozialkommissionsvorsteherin

Wer sich für eine ehrenamtliche Tätigkeit in einer Sozialkommission bereit erklärt, muß außer seinem sozialen Engagement besonders viel Verständnis für ältere Menschen aufbringen. Er muß bereit sein, viel Zeit für dieses Amt zu investieren. Außerdem muß er nach Möglichkeit zeitlich flexibel sein, denn erfahrungsgemäß werden die Besuche der Sozialkommissionsmitglieder von den Bürgern vormittags oder am frühen Nachmittag bevorzugt erbeten.

Der Vorsteher führt - ebenso wie die anderen Mitglieder der Sozialkommission - die Vorermittlungsbesuche für die in nächster Zeit anfallenden Ehrungen (Geburtstage, Hochzeiten) durch.

Mit viel Fingerspitzengefühl wird auf die Möglichkeit eines Geldgeschenks hingewiesen und tatktvoll nach der finanziellen Situation des Jubilars gefragt. Werden genaue Auskünfte erteilt und die erforderlichen Unterlagen zur Einsichtnahme vorgelegt, dann wird dieses notiert. Die Vorsteherin hat dann zu prüfen, ob die Voraussetzung für ein Geldgeschenk gegeben ist und teilt dies dem Sozialamt mit.

Bei diesen ersten Kontaktaufnahmen mit den älteren Bürgerinnen und Bürgern kommen meistens auch andere Probleme zur Sprache. Die Mitglieder der Sozialkommission beraten die Bürger und geben Hinweise über Seniorenwohnheime, fahrbaren Mittagstisch, Weihnachtsgeld oder Heizkostenbeihilfe und Wohngeldanträge usw.

Selbst wenn keine materiellen Probleme vorliegen, ist das persönliche Gespräch von großer Wichtigkeit und erst abschließend wird ein Termin über den Besuch am Ehrentag verabredet. Besondere Wünsche wie Blumen oder andere kleine Aufmerksamkeiten, die nicht mehr als zehn Mark kosten dürfen, können selbstverständlich auch berücksichtigt werden.

Der Sozialkommissionsvorsteher koordiniert die Arbeit aller Mitglieder seiner Kommission mit dem Sozialamt. Er führt über alle Aktivitäten genauestens Buch und hält die Kartei auf dem neuesten Stand. Falls es erforderlich ist, kann er sofort Kontakt mit dem zuständigen Sozialarbeiter aufnehmen oder Anträge und Formulare beschaffen.

Für jedes Quartal fertigt er für das Amt eine Statistik an über die von seiner Kommission geleistete Arbeit. Der Vorsteher holt die zu erledigende Arbeit für seine Kommission beim Sozialamt ab und bringt die Unterlagen nach der Bearbeitung wieder zurück. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel werden vom Sozialamt auf den Namen des Sozialkommissionsvorstehers an die Bezirkskasse überwiesen und von ihm dort in Empfang genommen. Nicht benötigte Geldbeträge der Kommission zahlt der Vorsteher an die Bezirkskasse zurück.

Für die Zusammenkünfte der Sozialkommissionsmitglieder stellt deren Vorsteher seine Wohnung zur Verfügung. Er ist darüber hinaus verpflichtet, ratsuchenden Bürgerinnen und Bürgern eine Sprechstunde anzubieten.

Die Mitglieder der Sozialkommission, insbesondere der Vorsteher, sind gehalten, regelmäßig an den vom Sozialamt veranstalteten Schulungsmaßnahmen teilzunehmen.

Abschließend ist zu bemerken, daß der Wohnbereich der Mitglieder der Sozialkommission mit dem Sozialkommissionsbezirk nicht identisch ist. Dadurch entsteht ein erheblicher Fahrgeldaufwand. Hinzu kommen Porto- und Telefonkosten.

Alle anfallenden Unkosten für diese ehrenamtliche Arbeit sollen mit einer Aufwandsentschädigung in Höhe von DM 155,-- für den Sozialkommissionsvorsteher und in Höhe von DM 45,-- für das Mitglied der Sozialkommission abgedeckt werden.

Meine Sozialkommission setzt sich neben dem Vorsteher aus je zwei weiteren Damen und Herren zusammen. Die Ehrungen der Bürgerinnen und Bürger werden auch an Sonn- und Feiertagen vorgenommen.

Doris Werner

Das Ehrenamt ist unbezahlbar - ist unbezahlt

Schon in der 'höfischen Zeit' des Mittelalters bekleideten Fürsten und Adelsherren an weltlichen und kirchlichen Höfen 'Ehrenämter', die ihnen Privilegien, Macht und Ansehen verschafften.

Im bürgerlichen Zeitalter wurde das Ehrenamt zu einer unentgeltlichen Aufgabe für die Bürgergemeinschaft. Nur 'ehrenwerte' Männer konnten als Schöffe, Laienrichter, Presbyter und Kirchenvorsteher tätig werden.

Die sozialen und karitativen Dienste, die von Frauen geleistet wurden, Nachbarschafts- und Wöchnerinnenhilfe, Armenpflege und Wohltätigkeit, waren dagegen weniger an 'Ehren' und 'Ämter' geknüpft.

Erst in einer demokratischen Zeit, die allgemein eine breitere, nicht-professionelle Mitwirkung von Männern und Frauen an 'öffentlichen Aufgaben' erforderte, wurden alle unentgeltlichen Tätigkeiten für den Staat, die Kirche und andere Institutionen und Gemeinschaften als 'ehrenamtlich' bezeichnet.

Erst 1919 bekamen die Frauen das Recht, Ehrenämter öffentlich-rechtlichen Charakters zu bekleiden. Frauen fiel unter diesen ehrenamtlichen Diensten - entsprechend ihrer gesellschaftlichen Rolle - aber auch weiterhin zunächst vor allem der sozial-karitative Bereich zu. Auch als viele dieser Aufgaben - von der Krankenpflege bis zu jeder Form von Sozialhilfe - professionalisiert wurden, blieben sie, teilweise bis heute, vornehmlich 'Frauenberufe', die ebenfalls weiterhin von ehrenamtlicher Tätigkeit überwiegend von Frauen unterstützt und begleitet werden.

Frauenemanzipation und Ehrenamt sind seither eng miteinander verknüpft geblieben, allerdings nicht ohne die Probleme und Widersprüche. Dennoch wird die ehrenamtliche Verbandsarbeit getan, um auch den Beweis zu erbringen, daß der Einsatz dafür keine vertane Zeit ist. Und welche Alternative bliebe, sollten auch hier die Aufgaben an den Staat delegiert werden? Zusätzlich engagierte Kräfte sind auch hier unentbehrlich.

Das Ehrenamt bringt Frauen Arbeit, Erfüllung und Anregung, es wird oft aber weder gesellschaftlich noch innerhalb der Familie genügend honoriert. Durch das Eintreten der Frau in das Berufsleben, aus dem sie auch als verheiratete Frau und Mutter nicht mehr ausscheiden möchte, ist freie Zeit für das Ehrenamt sehr viel weniger verfügbar.

Eine Umfrage des Deutschen Frauenrats von 1977 hat ergeben, daß u.a. überwiegend berufstätige Frauen ehrenamtliche Funktionen übernehmen. Rund zwei Fünftel der Befragten investieren bis zu 20 Stunden im Monat für ehrenamtliche Arbeit, ein Fünftel 20 - 40 Stunden, annähernd ein weiteres Fünftel sogar zwischen 40 und 80 Stunden. Jede 13. Befragte gab an, über 13 Stunden ehrenamtlich zu arbeiten. Aber die wenigsten Frauen erhalten eine Aufwandsentschädigung für die Kosten, die durch ehrenamtliche Arbeit entstehen.

Heute hat das 'Ehrenamt' immer noch eine Vorbildfunktion. Politiker weisen gerne auf die Gefahr hin der totalen Verwaltung, d.h. die Übernahme aller öffentlichen und privaten Dienste auch der gesundheitlichen und sozialen durch Staat und Behörde.

Auf der einen Seite sind Frauen von der Notwendigkeit ehrenamtlicher Tätigkeit überzeugt - so die Umfrage - auf der anderen Seite befürchten sie auch, daß ehrenamtliche Arbeit nicht nur ausgenutzt, sondern auch an Ansehen verliert, weil sie nichts kostet.

Zur Frage der Motivation wird zumeist die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben genannt, die Frauen wollen Verantwortung übernehmen, entweder durch direkte Hilfe für einzelne oder durch die Vertretung der Interessen von Gruppen. So werden auch überwiegend leitende Funktionen wahrgenommen, die jedoch nicht nur Verantwortung, sondern auch Bildungs- und Erfahrungsqualifikationen voraussetzen.

Gerade die jungen Frauen wollen auf ihr Berufsleben nicht verzichten, auch dann nicht, wenn sie Kinder haben. Von ihnen wird das 'Ehrenamt' heute nicht mehr als repräsentative Aufgabe angesehen, die neben der beruflichen Tätigkeit ausgeübt wird, sondern als freiwillige, unentgeltliche Tätigkeit. Das sagen die jungen Frauen in den traditionellen Frauenverbänden und autonomen Frauengruppen. Dennoch ist diese unbezahlte freiwillige Tätigkeit unerlässlich und aus vielen Gründen nicht mehr wegzudenken. Es wird in manchen Bereichen jedoch fachlich qualifizierte Arbeit erforderlich und auch geleistet, die über den Rahmen der ehrenamtlichen Arbeit hinausgeht. Hier fordern die Frauen finanzielle Entschädigung.

Als 'neues' Ehrenamt könnte auch der 'Selbsthilfe und Soziale Bereich' verstanden werden, der als praktische Kritik an einer falschen Professionalisierung neue - frauenpolitische - Standards setzt, aber wieder eine von vielen Varianten gesellschaftlich notwendiger, unbezahlter Frauenarbeit ist. Eine lohnende Herausforderung, gerade jetzt, wo die Kassen leer sind.

So ist es sicherlich kein Zufall, daß neuerdings das Thema 'Ehrenamt' auch von Frauenverbänden wieder behandelt wird. Im Mai 1984 führte der Frauenrat Nordrhein-Westfalen eine Fragebogenaktion durch, deren Auswertung ähnliche Ergebnisse zeigte, wie die des deutschen Frauenrats von 1977.

Anläßlich einer Tagung des Deutschen Frauenrats im Mai 1984 in Schleswig-Holstein zum Thema 'Ehrenamt in der Praxis' wurde u.a. auch gefragt: "Spart der Staat Kosten durch ehrenamtliche Tätigkeit?" oder "Verlust von Arbeitsplätzen durch das Ehrenamt?"

"Ist eigentlich der Begriff des Ehrenamtes noch zeitgemäß ? Ist das Forcieren ehrenamtlicher Tätigkeit bloßer Reflex auf staatliche Sparpolitik oder geht es um eine Einbindung des Menschen in sein Umfeld, um neue Sozialkontakte ?

Diese Fragen stellte sich in ihrem Referat Frau Prof. Dr. Rita Sußmuth anlässlich dieser Tagung. Sie entlarvte den Begriff des Ehrenamtes als allzu traditionsverhaftet: "Ein Ehrenamt sei einmal ein Privileg gewesen, inzwischen sei dieser Begriff nicht mehr aussagekräftig und müsse eigentlich durch einen neuen ersetzt werden.

Ehrenämter können kein Betätigungsfeld sein für Hausfrauen, Arbeitslose und Rentner - es ist vielmehr eine Frage unserer sozialen Kultur, daß wir das nicht auf einzelne Gruppen abdrängen... Die als Dienst an der Gemeinschaft verstandene sozialpflichtige Tätigkeit ist neu zu begründen und in ihren Bedingungen so zu verändern, daß mehr Menschen für diese Arbeit zu gewinnen sind." (Kieler Nachrichten 18.5.84)

Die SPD-Fraktion führte Ende 1984 eine Anhörung zum Thema "Den Männern die Arbeitsplätze - den Frauen das Ehrenamt ?" durch.

"Es bestand Einigkeit darüber, daß mehr getan werden muß für Berufsanfängerinnen, für arbeitslose Frauen. Ferner müßten Frauen, die ehrenamtlich oder auf Teilzeitbasis arbeiten, rechtlich und sozial abgesichert sein, es sollten außerdem Übergänge möglich werden von ehrenamtlicher zur vollberuflichen Tätigkeit. Einigkeit bestand in der Auffassung, daß freiwillige unbezahlte Arbeit kein Ersatz für unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist. Es wurde eine vernünftige und angemessene Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Mitarbeiter/innen gefordert. Darüber hinaus müsse die steuerliche Behandlung der Aufwandsentschädigung verbessert werden. Abgelehnt wurden alle Tendenzen, die durch geringfügige Entlohnung oder "Ersatz"-Lohnleistungen für ehrenamtliche Arbeit die Grenze zur Erwerbstätigkeit zu verwischen und damit das Ehrenamt in die Richtung einer Ersatzarbeit für Berufstätigkeit zu rücken versuchen". (Information für die Frau 9/84).

An welchen Stellen Frauen heute ehrenamtlich mitwirken - in Berlin oder der Bundesrepublik - dafür gibt es keine konkreten Zahlen. Dennoch sind Frauen überwiegend aktiv in Verbänden, politischen Parteien, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Pfarrgemeinden, Schul- und Klassenpflegschaften, Elternräten der Kindergärten, Bürgerinitiativen, Frauenorganisationen und Selbsthilfegruppen.

Zu den Aufgaben der traditionellen Frauenverbände zählten schon immer Probleme des Staatsbürgertums, der Bildung und Rechte, Mitarbeit im öffentlichen Leben sowie Fragen der europäischen und internationalen Arbeit.

Zu ihren praktischen Arbeiten gehörte beispielsweise Betreuung von Altenklubs, Nachbarschaftshilfe, Krankenhausdienst... Grundsätzlich hat sich an den Aufgaben und Zielsetzungen der Ehrenämter bis heute nichts geändert, außer, daß sie erweitert worden sind.

So hat der LANDESFRAUENRAT BERLIN im Dezember 1983 eine Sonderbroschüre erstellt zum Thema: "Arbeitssituationen von Frauen in Berlin".

In dieser Broschüre werden Beispiele von Weiterbildungs- und Selbsthilfemaßnahmen einiger der insgesamt 30 Mitgliedsverbände vorgestellt. Auch diese Arbeit erfolgt ehrenamtlich aus der Notwendigkeit heraus, Frauen zu helfen, um ihre Arbeitssituation oder den Wiedereinstieg in den Beruf zu verbessern.

Gisela Gassen

Herausgeber: LANDESFRAUENRAT BERLIN e.V.
1000 Berlin 30, Bayreuther Str. 41
Tel. (030) 213 43 83

Redaktion: Gisela Gassen

+ die mit ~~Namen~~ gekennzeichneten Artikel stellen nicht
unbedingt die Meinung des Landesfrauenrats dar.

